

2017

Geschäftsbericht
Konzern



BGV-KONZERN

/ Auf einen Blick

	2017	2016	2015	2014	2013
MITARBEITER	767	766	743	730	718
VERSICHERUNGSVERTRÄGE (in Tausend)	1.735	1.693	1.668	1.635	1.588
GEBUCHTE BEITRÄGE (in Tsd. EUR)					
brutto	343.490	328.270	315.934	299.003	279.941
f. e. R.	281.742	265.343	244.260	228.120	209.782
GEMELDETE SCHÄDEN (in Tausend)	128	126	130	122	127
AUFWENDUNGEN FÜR					
VERSICHERUNGSFÄLLE f. e. R. (in Tsd. EUR)	216.630	221.041	192.903	184.829	176.297
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	77,2	83,8	79,2	81,4	84,2
AUFWENDUNGEN FÜR DEN					
VERSICHERUNGSBETRIEB f. e. R. (in Tsd. EUR)	38.547	38.169	35.975	32.083	25.281
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	13,7	14,4	14,8	14,1	12,1
COMBINED RATIO f. e. R. (in %)	90,9	98,2	94,0	95,5	96,3
BEITRAGSRÜCKERSTATTUNGEN AN DIE					
VERSICHERUNGSNEHMER (in Tsd. EUR)	7.641	6.879	5.966	5.669	5.718
JAHRESÜBERSCHUSS (in Tsd. EUR)	10.846	9.426	8.181	5.220	5.061
KAPITALANLAGEN (in Tsd. EUR)	893.237	838.181	791.302	746.864	701.680
VERSICHERUNGSTECHNISCHE					
RÜCKSTELLUNGEN f. e. R. (in Tsd. EUR)	684.409	651.661	612.147	592.583	564.147
BILANZSUMME (in Tsd. EUR)	946.958	907.230	861.073	832.735	793.067
EIGENKAPITAL (in Tsd. EUR)	177.006	166.136	156.683	158.187	152.954
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	63,1	62,9	64,3	69,7	73,1

KONZERNLAGEBERICHT

/ Allgemeine Angaben

Der Konzern besteht aus dem Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband (Mutterunternehmen), der BGV-Versicherung Aktiengesellschaft, der Badischen Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, der BGV Immobilien Verwaltung GmbH und der BGV Immobilien GmbH & Co. KG, alle mit Sitz in Karlsruhe. Die genannten Versicherungsunternehmen betreiben die Schaden- und Unfallversicherung. Das Geschäftsgebiet des Konzerns erstreckt sich - mit Ausnahme des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands, der im Wesentlichen im Gebiet der ehemaligen Regierungsbezirke Nord- und Südbaden in ihren Grenzen vom 31. Dezember 1972 tätig ist - auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband (BGV) wurde am 27. März 1923 als Selbsthilfeorganisation von acht badischen Städten in Mannheim gegründet. Seit 1924 ist der Sitz des Verbandes in Karlsruhe. Der BGV ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach dem Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) vom 16. September 1974. Der BGV betreibt für seine Mitglieder nach dem von der Fachaufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan Versicherungen in der Schaden- und Unfallversicherung.

Die BGV-Versicherung Aktiengesellschaft (BGV AG) wurde am 16. Juli 2009 als Tochterunternehmen des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe, mit Sitz in Karlsruhe gegründet und die Aufnahme der Geschäftstätigkeit erfolgte zum 1. Januar 2010. Das gezeichnete Kapital beträgt 78,4 Mio. EUR und ist voll eingezahlt. Der Anteil des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes am gezeichneten Kapital beträgt 99,7 %. Die übrigen Anteile werden von ehemaligen Mitgliedern des Verbandes gehalten. Zwischen der BGV-Versicherung Aktiengesellschaft und dem Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband wurde ein Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag geschlossen.

Die Badische Rechtsschutzversicherung AG (BRV) wurde als Tochtergesellschaft des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes im Jahr 1996 gegründet. Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 3,5 Mio. EUR und ist voll eingezahlt. Alleiniger Aktionär der Gesellschaft ist der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband. Zwischen der Badischen Rechtsschutzversicherung AG und der BGV-Versicherung AG wurden ein Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag sowie ein Vertrag über die Zusammenarbeit geschlossen. Zwischen dem BGV und der BRV besteht ein Beherrschungsvertrag, der im Geschäftsjahr 2017 geschlossen wurde.

Die BGV Immobilien Verwaltung GmbH wurde als Tochterunternehmen des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe, am 4. Mai 2009 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftender Gesellschafter samt Geschäftsführung und Vertretung der BGV Immobilien GmbH & Co. KG und die Verwaltung des Vermögens.

Die BGV Immobilien GmbH & Co. KG wurde ebenfalls am 4. Mai 2009 als Tochterunternehmen des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe, gegründet. Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Bebauung, der Umbau und die Verwaltung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten. Hierzu wurde der vom Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband gehaltene Grundbesitz im Geschäftsjahr 2009 an die BGV Immobilien GmbH & Co. KG übertragen.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts erfolgte gemäß §§ 341i und 341j HGB. Die Gliederung der Konzern-Jahresbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 58 Abs. 1 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8. November 1994 nach den Formblättern 1 und 4, ergänzt um den Posten „Nichtversicherungstechnisches Ergebnis“.

ANWENDUNG DRS 20

Im vorliegenden Lagebericht wurde der Deutsche Rechnungslegungs Standard Nr. 20 (DRS 20) angewendet. Danach wurden die bedeutsamsten Leistungsindikatoren nachfolgend dargestellt, die sowohl als Basis für die Beschreibung des Geschäftsverlaufs als auch für die Prognose für das nächste Geschäftsjahr dienen. Auf der Basis der Prognose wird im Bericht des folgenden Geschäftsjahres ein Vergleich mit der tatsächlichen Geschäftsentwicklung vorgenommen.

STEUERUNGSSYSTEM

Das Steuerungssystem ist im BGV Konzern auf eine wertorientierte Steuerung ausgerichtet und unterstützt die Geschäftsleitung bei der Führung des Konzerns. Dabei wird mit Hilfe der Unternehmensziele, der Teilstrategien und den aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahreszielen sichergestellt, dass die Geschäftsstrategie umgesetzt wird. Aus der dem Verwaltungsrat für das folgende Geschäftsjahr vorgelegten Unternehmensplanung werden quantitative und qualitative Unternehmensziele für das Management abgeleitet. In Ergänzung zur operativen Planung erstellen wir im laufenden Geschäftsjahr regelmäßig Hochrechnungen und führen zur unterjährigen Steuerung Geschäftsanalysen durch. Hier wird auf vierteljährlicher Basis verfolgt, wie sich wesentliche Unternehmenskennzahlen entwickeln. Bei sich abzeichnenden negativen Entwicklungen werden gegensteuernde Maßnahmen ergriffen.

BEDEUTSAMSTE LEISTUNGSINDIKATOREN

Für eine adäquate Steuerung wurden bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren in Form von Umsatz-, Kosten-, Ertrags- und Ergebnisgrößen definiert. Zentrale finanzielle Leistungsindikatoren bilden dabei das Geschäftsergebnis vor Steuern (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) sowie die Combined Ratio (netto) nach HGB. Als Combined Ratio wird das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und Aufwendungen für Versicherungsfälle zu verdienten Prämien bezeichnet. Daneben dient die Steuerung der Vertriebsleistung der nachhaltigen Entwicklung des BGV Konzerns.

NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG

Seit dem aktuellen Geschäftsjahr 2017 legt der BGV einen Nachhaltigkeitsbericht auf. Er dient der Information unserer Mitarbeiter, Gremien, Kunden und dem allgemeinen öffentlichen Interesse. Der Nachhaltigkeits- bzw. CSR-Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und erscheint ab sofort jährlich gemeinsam mit dem Geschäftsbericht. Die Angaben beziehen sich

auf die Tätigkeiten der gesamten Unternehmensgruppe (Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, BGV-Versicherung AG und Badische Rechtsschutzversicherung AG). Der Bericht ist mit Hilfe des Deutschen Nachhaltigkeitskodex als Rahmenwerk entstanden und wird von den dortigen Experten entsprechend geprüft und zertifiziert. Sie können den Bericht über folgenden Link einsehen: www.bgv.de/Berichte

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Weltwirtschaft gewann im Jahr 2017 weiter an Fahrt. Gute ökonomische Nachrichten kamen vor allem aus der Eurozone und Asien. Anhaltend niedrige Inflation und hohe Beschäftigung unterstützten weiterhin die expansive Notenbankpolitik, vor allem in Europa und Japan. China steigerte seine Investitionen und befeuerte mit der ohnehin robusten Weltkonjunktur die Schwellenländer. Erstmals seit langer Zeit schwenkten viele Länder nahezu gleichzeitig in eine wirtschaftliche Aufschwungs- oder zumindest Stabilisierungsphase ein. Entsprechend dürfte die Weltwirtschaft 2017 ein Wachstum von 3,7 % erreichen, nach lediglich 3,2 % im Vorjahr.

Im Gegensatz zu früheren Jahren hatte das Handeln der Währungshüter 2017 weniger Einfluss auf das Marktgeschehen. Dies lag auch daran, dass es zumindest bei den beiden großen Notenbanken beiderseits des Atlantiks streng genommen wenige Überraschungen gab. Die US-Notenbank (FED) behielt ihre restriktivere Geldpolitik mit den erwarteten drei Zinsanhebungen bei und handelte wie bereits im Jahre 2016 signalisiert, und die EZB hatte ebenfalls frühzeitig angekündigt, ihre monatlichen Anleihekäufe ab März 2017 von 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR zu reduzieren, das Kaufprogramm selbst aber bis zum Jahresende beizubehalten. Ein Auslaufen der Wertpapierkäufe oder gar Zinserhöhungen im Euroraum wurden damit nochmals weit in die Zukunft verschoben.

Zu den Überraschungen des zurückliegenden Finanzmarktjahres gehörte sicherlich die Stärke des Euro gegenüber dem US-Dollar, obwohl nicht wenige Beobachter den Weg in Richtung Parität vorgezeichnet sahen. Während mit den Ergebnissen der Frühjahrswahlen in Europa die politischen Risiken abflauten und damit positive Einflüsse auf das EUR-Dollar-Verhältnis ausgingen, wurde diese noch verstärkt durch Konjunkturdaten, die in den USA zu Jahresbeginn eher durchwachsen ausfielen, im Euroraum dagegen eine unerwartet positive Tendenz zeigten. So stieg die Wirtschaftsleistung in der Eurozone um 2,5 % und die jährliche Inflationsrate lag nach einer Schätzung des Statistikamtes Eurostat bei 1,5 %. Die Europäische Zentralbank strebt eine Teuerung von knapp zwei Prozent für den Euroraum an.

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Die Konjunktur in Deutschland fußt auf einem breiten Fundament: Die stabile Beschäftigung sorgt für stabile Einkommen und für ein dementsprechend stabiles Konsumverhalten der privaten Akteure. Das alles vor dem Hintergrund von steigenden Exporten und Importen. Allein die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist leicht zurückgegangen, denn das Lohnwachstum übersteigt mittlerweile das Produktivitätswachstum. Die wirtschaftlichen Kapazitäten sind ausgelastet. Das bedeutet, dass es schwieriger wird, bestehende Wachstums-

chancen noch zu ergreifen. Zugleich verlangt die Digitalisierung der Arbeitswelt einen Strukturwandel. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Jahre 2017 um 1,5 % gestiegen, im Jahresdurchschnitt waren rund 44,3 Mio. Personen in Deutschland erwerbstätig. Dies war die höchste Zunahme seit dem Jahr 2007. Damit setzte sich der seit 12 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit dynamisch fort, so dass die höchste Zahl an Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung erreicht wurde. Die Zahl der Erwerbslosen sank nach vorläufigen Schätzungen auf 1,7 Mio. Personen. Die Erwerbslosenquote sank gegenüber dem Vorjahr von 3,9 % auf 3,7 %. Dies entspricht dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland 2017 auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen. Angefacht von höheren Energie- und Nahrungsmittelpreisen kletterte die Inflation auf 1,8 %. Hierzu trugen auch die gestiegenen Mieten bei. Im Jahr zuvor lag die Teuerung im Schnitt noch bei 0,5 %.

/ Entwicklung in der Versicherungswirtschaft

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich im Geschäftsjahr 2017 gut behauptet und erzielte im Geschäftsjahr trotz anhaltend niedriger Zinsen und einem herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld ein respektables Geschäftsergebnis. So rechnet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) für das Berichtsjahr spartenübergreifend mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen um voraussichtlich 1,7 % auf 197,7 Mrd. EUR (i. V. 194,3 Mrd. EUR).

Einen großen Anteil hieran hatte die Lebensversicherung einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds mit Beitragseinnahmen in Höhe von insgesamt 90,7 Mrd. EUR, die annähernd auf Vorjahresniveau lagen. Ferner hat sich das Einmalbeitragsgeschäft positiver entwickelt als im Vorjahr erwartet worden war. Das Geschäftsfeld der Lebensversicherung wird nach wie vor durch die enormen Herausforderungen geprägt, vor denen die Branche steht. Dazu zählen vor allem das anhaltende Niedrigzinsumfeld und die zusätzlichen Belastungen durch den hohen Regulierungsdruck. Grundsätzlich sind bei Lebensversicherungen die bekannten klassischen Garantien durch die externen Rahmenbedingungen zunehmend in Frage gestellt. Der Gesamtbestand der Lebensversicherungen lag mit 88,1 Mio. Verträgen weiterhin auf einem respektablem Niveau. Die Bestandsreduzierung betrug im Vergleich zum Vorjahr nur 1,3 %.

In der privaten Krankenversicherung, die in hohem Maße von der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen abhängt, konnte im Berichtsjahr ein deutliches Beitragswachstum erreicht werden. So erzielten die privaten Krankenversicherer im Geschäftsjahr 2017 Beitragseinnahmen von insgesamt 38,8 Mrd. EUR, nach 37,3 Mrd. EUR im Vorjahr. Dies entspricht einem Wachstum von 4,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Davon entfallen auf die Krankenversicherung selbst 36,5 Mrd. EUR (+4,1 %) und auf die Pflegeversicherung 2,3 Mrd. EUR (+6,1 %). Die Gesamtzahl privater Voll- und Zusatzversicherungen beträgt nun 34,5 Millionen Verträge (+1,8 %).

Die Schaden- und Unfallversicherung verzeichnete im deutschen Versicherungsmarkt im Geschäftsjahr 2017 nach vorläufigen Zahlen des GDV ein zufriedenstellendes Wachstum der Beitragseinnahmen sowie der ausgezahlten Versicherungsleistungen. Da sich alle Versicherungszweige - bis auf die Unfall-, die Transport- und die Technische Versicherung - positiv entwickelt haben, konnte ein Wachstum von 2,9 % (i. V. 2,9 %) erzielt werden. Die Beitragseinnahmen erreichten ein Volumen von 68,2 Mrd. EUR, nach 66,3 Mrd. EUR im Vorjahr. Auch in der Kraftfahrtversiche-

Die Beitragseinnahmen stiegen um rd. 4,1 % auf 27,0 Mrd. EUR an.

In der Sachversicherung konnte ein Beitragswachstum von 3,0 % auf 19,3 Mrd. EUR erzielt werden, wovon alleine auf die Wohngebäudeversicherung ein Beitragswachstum von 6,0 % entfällt. Die Leistungen stiegen um 3,8 % auf 13,6 Mrd. EUR an. Größter Kostenfaktor bleiben Leitungswasserschäden und deren Folgen.

Die Versicherungsleistungen der Schaden- und Unfallversicherer erreichten im Berichtsjahr ein Niveau von 50,8 Mrd. EUR, was einen Anstieg um 3,2 % zum Vorjahr bedeutet. Umso erfreulicher ist, dass die Combined Ratio (Schaden- und Kostenquote) nur um 0,3 % auf 95,0 % gestiegen ist.

Insgesamt erzielten die Schaden- und Unfallversicherer 2017 positive Jahresergebnisse. Der versicherungstechnische Gewinn dürfte rund 3,4 Mrd. EUR betragen, gegenüber 3,5 Mrd. EUR im Vorjahr.

/ Bericht über den Geschäftsverlauf 2017

Der Konzern BGV / Badische Versicherungen konnte auch im Geschäftsjahr 2017 seinen Wachstumskurs fortsetzen und blickt dank einer konsequenten strategischen Ausrichtung mit einem kundenorientierten Multikanalvertrieb, einer ausgewogenen Kapitalanlage, bedarfsgerechten und konkurrenzfähigen Produkten, einem detaillierten und stringenten Kostenmanagement sowie engagierten und motivierten Mitarbeitern wiederum auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück.

So konnten die gebuchten Beitragseinnahmen im Geschäftsjahr um 4,6 % auf 343,5 Mio. EUR (i. V. 328,3 Mio. EUR) gesteigert werden. Von diesen Beiträgen entfielen auf das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft 338,7 Mio. EUR (i. V. 323,7 Mio. EUR) und auf das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft 4,8 Mio. EUR (i. V. 4,6 Mio. EUR).

Aufgrund eines gestiegenen Schadenbedarfs erhöhten sich die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle um 9,7 Mio. EUR auf 253,9 Mio. EUR nach 244,2 Mio. EUR im Vorjahr. Hiervon entfiel auf das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft ein Bruttoaufwand von 250,5 Mio. EUR (i. V. 242,0 Mio. EUR) und auf das übernommene Versicherungsgeschäft ein Aufwand von 3,4 Mio. EUR (i. V. 2,2 Mio. EUR). Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle ergaben im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen eine Brutto-Gesamtschadenquote von 74,2 % nach 74,7 % im Vorjahr.

Nach Beteiligung der Rückversicherer an dem Bruttoschadenaufwand mit 37,3 Mio. EUR (i. V. 23,2 Mio. EUR), insbesondere auch durch die Beteiligung an den Nachreservierungen des Geschäftsjahres, betrugen die Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung im gesamten Versicherungsgeschäft 216,6 Mio. EUR (i. V. 221,0 Mio. EUR).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb erreichten im Geschäftsjahr 2017 ein Volumen von 57,1 Mio. EUR (i. V. 56,0 Mio. EUR). Nach Abzug der erhaltenen Rückversicherungsprovisionen reduzierten sich die Nettoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf 38,5 Mio. EUR (i. V. 38,2 Mio. EUR). Dies entspricht einer Netto-Kostenquote von 13,7 % (i. V. 14,5 %).

Die Netto-Combined-Ratio betrug im Konzern 90,9 % nach 98,2 % im Vorjahr.

Unter Berücksichtigung dieser wesentlichen Aufwands- und Ertragspositionen ergab die versicherungstechnische Rechnung f. e. R. - vor Veränderung der Schwankungsrückstellung - einen Gewinn in Höhe von 13,2 Mio. EUR (i. V. 1,2 Mio. EUR).

Nach einer Zuführung von 9,4 Mio. EUR (i. V. 0,2 Mio. EUR) zur Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis von 3,8 Mio. EUR (i. V. 1,0 Mio. EUR). Die Veränderung der Schwankungsrückstellung resultiert aus den erzielten Spartergebnissen und betrifft das selbst abgeschlossene und übernommene Versicherungsgeschäft. Das versicherungstechnische Vorsorgekapital hat nun insgesamt ein Volumen von 133,5 Mio. EUR (i. V. 124,1 Mio. EUR) erreicht.

Auch für das Berichtsjahr 2017 wird der BGV an seine Mitglieder sowie die BGV-Versicherung AG an ihre Kunden satzungsgemäß Überschüsse in Höhe von insgesamt 7,6 Mio. EUR (i. V. 6,9 Mio. EUR) weitergeben. Hierfür wurde der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung ein Betrag von 10,0 Mio. EUR (i. V. 5,1 Mio. EUR) zugeführt.

Der Bestand an Kapitalanlagen stieg im Geschäftsjahr um 6,6 % auf 893,2 Mio. EUR nach 838,2 Mio. EUR im Vorjahr. Die wesentlichen Neuanlagen entfielen auf Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Die Erträge aus Kapitalanlagen stabilisierten sich nahezu auf Vorjahresniveau und betragen im Geschäftsjahr 24,4 Mio. EUR (i. V. 24,5 Mio. EUR). Die laufende Durchschnittsverzinsung erreichte aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen am Kapitalmarkt 2,1 % (i. V. 2,5 %). Die Nettoverzinsung lag mit 2,4 % leicht unter dem Vorjahreswert von 2,5 %.

In der nichtversicherungstechnischen Rechnung vor Steuern erzielte der Konzern einen Überschuss in Höhe von 9,8 Mio. EUR (i. V. 12,6 Mio. EUR). Die Reduzierung des nichtversicherungstechnischen Ergebnisses war dabei maßgeblich auf höhere Sonstige Aufwendungen aufgrund der Absenkung des Diskontierungssatzes bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Somit schloss das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit einem Gewinn in Höhe von 13,6 Mio. EUR (i. V. 13,6 Mio. EUR). Nach Abzug des Steueraufwands von 2,8 Mio. EUR (i. V. 4,2 Mio. EUR) ergab sich ein Jahresüberschuss von 10,8 Mio. EUR (i. V. 9,4 Mio. EUR).

Eine ausführliche Darstellung des Eigenkapitals und nähere Angaben zur Struktur der Passivseite sowie zu den Restlaufzeiten erfolgen im Anhang.

Vergleich der Geschäftsentwicklung mit der Prognose

Vergleicht man die dargestellten Geschäftsergebnisse 2017 mit der Prognose aus dem Geschäftsbericht 2016, so konnte die dort getroffene Kernaussage zu den moderat steigenden Beiträgen aufgrund des guten Neugeschäfts sowie durch Sanierungsmaßnahmen und Sondereinflüsse übertroffen werden.

Die Kapitalanlageverzinsung ist trotz eines steigenden Kapitalanlagebestands weiter gesunken und die Netto-Combined-Ratio liegt deutlich unter 100 %. Somit bestätigen sich zum einen unsere Erwartungen aus 2016 und werden zum anderen übertroffen. Die Prognose zu einem im Vergleich zum Vorjahr leicht geringeren Geschäftsergebnis vor Steuern hat sich nicht realisiert, da durch ein gutes Beitragswachstum, geringeren Netto-Schadenaufwendungen und einer hohen Zuführung zur Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit 13,6 Mio. EUR auf Vorjahresniveau lag.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird im Konzern als solide eingestuft. Insgesamt sind wir mit dem im Geschäftsjahr erzielten Ergebnis zufrieden.

/ Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

RISIKOBERICHT

Unter Risikomanagement verstehen wir die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zum Umgang mit den Risiken, die aus unserem unternehmerischen Handeln resultieren. Risiko definieren wir als Gefahr, dass der BGV Konzern seine gesetzten Ziele nicht erreichen bzw. seine Strategien nicht erfolgreich umsetzen kann. Risikocontrolling ist Bestandteil des Risikomanagements und beinhaltet die Erfassung, Analyse, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung getroffener Maßnahmen zur Risikosteuerung.

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS

Für alle Unternehmen des Konzerns BGV / Badische Versicherungen ist die bewusste Steuerung und Überwachung von Risiken eine Kernaufgabe des Vorstands, aber auch die Aufgabe sämtlicher Fach- und Führungskräfte. Das Risikomanagementsystem mit seiner Frühwarnfunktion unterstützt sie dabei.

Das Risikomanagement des BGV Konzerns konzentriert sich auf solche Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können. Das Risikomanagement des BGV Konzerns entspricht dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG: § 91 Abs. 2 AktG i. V. m. § 33 Abs. 2 VAG) und setzt die Anforderungen aus dem europäischen Aufsichtsregime Solvency II in Verbindung mit § 26 und § 27 VAG vollständig um. Die Umsetzung der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation (MaGo) in Verbindung mit § 23 VAG wurde in 2017 sichergestellt.

Durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements setzt der BGV Konzern die externen Vorgaben um und bereitet sich damit auch immer wieder frühzeitig auf neue Anforderungen vor.

Unser Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften hinaus. Das Risikomanagement zielt darauf ab, die Finanzkraft des BGV Konzerns zu sichern und die Entscheidungsträger bei der Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur an und möchten durch eine effiziente Risikoorganisation sowie adäquate Risikoinstrumente und -verfahren Mehrwert schaffen. Der strategische Rahmen für das Risikomanagement und die risikopolitische Ausrichtung des BGV Konzerns sind in der Risikostrategie verankert. Abgeleitet aus der übergeordneten Geschäftsstrategie beschreibt sie Art und Umfang der wesentlichen Risiken im Unternehmen. Sie definiert Ziele, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit eingegangenen oder zukünftigen Risiken. Durch die organisatorische und prozessuale Verzahnung von Unternehmensplanung und Risikomanagement im BGV Konzern ist die Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete und unternehmenssteuerungsrelevante Beurteilung der eigenen Risiken geschaffen. Mit Hilfe der Unternehmensziele, der Teilstrategien, der Bereichssteuerungsprofile und der aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahresziele wird sichergestellt, dass die Zielvorstellungen umgesetzt und damit die Chancen des BGV Konzerns wahrgenommen werden. Grundsätzlich wird dabei eine angemessene

Balance zwischen der Wahrnehmung von Geschäftschancen und dem Eingehen von Risiken angestrebt, wobei die Unternehmenssicherheit stets im Vordergrund steht. Bestandsgefährdende oder unkalkulierbare Risiken werden nicht eingegangen. Ergänzend zur Risikostrategie haben wir in der Leitlinie zum Risikomanagement Standards für dessen aufbau- und ablauforganisatorische Ausgestaltung festgelegt.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS UND -ORGANISATION

Durch die bestehenden Funktionsausgliederungsverträge zwischen der BGV-Versicherung AG und den anderen Unternehmen des Konzerns BGV / Badische Versicherungen ist ein einheitliches Risikomanagement für den gesamten Konzern gewährleistet. Das Risikomanagementsystem zeigt entsprechend den aktuellen Vorschriften sowohl zentrale als auch dezentrale Ausprägungen. Hierbei ist das dem Vorstand berichtspflichtige zentrale Risikomanagement für die Konzeption und die permanente Weiterentwicklung des konzernweiten Risikomanagementsystems sowie die unternehmensübergreifende Steuerung der Risiken und Koordination des gesamten Risikomanagementprozesses verantwortlich.

Im Rahmen der festgelegten Risikostrategie und der Risikomanagementleitlinie steuern die Fachabteilungen und die jeweils zuständigen Funktionsbereiche ihre Risiken eigenverantwortlich. Durch die personelle und organisatorische Trennung von risikoverantwortenden und risikoüberwachenden Einheiten setzen wir das Prinzip der Funktionstrennung konsequent um. Der Risikomanagementprozess ist in den einzelnen Fachabteilungen und Funktionsbereichen als laufender Prozess angelegt. Er basiert auf der Risikostrategie und umfasst in einem iterativen Regelkreislauf die Hauptbestandteile Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung sowie Risikoberichterstattung.

Im Rahmen der Risikoidentifikation erfassen, aktualisieren und dokumentieren wir eingegangene oder potenzielle Risiken regelmäßig. Die erkannten Risiken werden anhand von Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für den BGV Konzern beurteilt. Hierzu gehört auch die Einschätzung, ob Einzelrisiken, die isoliert betrachtet von nachrangiger Bedeutung sind, in ihrem Zusammenwirken oder durch Kumulation im Zeitverlauf wesentlichen Charakter annehmen können. Mit Hilfe regelmäßig stattfindender Kennzahlenanalysen und Risikobefragungen sämtlicher Fachbereiche des Konzerns BGV / Badische Versicherungen erfolgt eine Verdichtung der Einzelrisiken zu Risikokategorien und danach zu einer Bewertung der Gesamtrisikosituation im Rahmen der Risikoberichterstattung.

Die Risikosteuerung und -überwachung wird mit Hilfe eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und Limitsystems unterstützt. Limite werden für alle mit dem Standardansatz quantifizierten Risikokategorien vergeben, deren Einhaltung sowie die ausreichende Bedeckung mit Eigenmitteln wird regelmäßig überwacht und dem Vorstand berichtet.

Die Risikoanalyse bestätigte, dass durch das Risikomanagementsystem die sich für den Versicherungsbetrieb ergebenden Risiken wirksam kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Risikosituation des Konzerns BGV / Badische Versicherungen stellte sich zum Ende des Jahres 2017 wie folgt dar:

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN

Die versicherungstechnischen Risiken setzen sich zusammen aus:

- dem Prämien-/Schadenrisiko, d. h. dem Risiko, dass die kalkulierten Tarife sich als nicht auskömmlich herausstellen könnten, wodurch der Risikoausgleich im Kollektiv scheitert. Dies wäre dann der Fall, wenn die Schadenzahlungen höher sind als ursprünglich zu erwarten war oder Irrtümer bei der Schätzung der Schadenhäufigkeit oder -höhe auftreten, ohne dass eine rechtzeitige Anpassung der Beiträge und Versicherungsbedingungen möglich ist (Zufalls-, Änderungs- und Irrtumsrisiko);
- dem Reserverisiko, d. h. dem Risiko, dass die zu leistenden Schadenzahlungen höher sein könnten als die zum Zeitpunkt der Schadenmeldung erwarteten und dafür zurückgestellten Beiträge. Als Folge einer solchen Entwicklung könnten Abwicklungsverluste entstehen.

Diese Risiken wurden auch im Jahr 2017 fachgerecht bewertet und durch unterschiedliche Risikomanagementmaßnahmen begrenzt. Unter anderem trugen bedingungsgemäße Risikobegrenzungen, Annahmerichtlinien, eine vorsichtige Tarifierungspolitik sowie angemessene Schadenrückstellungen dazu bei, diese Risiken für den Konzern transparent und kalkulierbar zu machen. Darüber hinaus wurde über die Bestimmung der Marktwerrückstellungen die Reservesituation aktuell überprüft. In 2017 ergab sich hierdurch kein Bedarf einer Änderung des Reservierungsverhaltens. Ein permanentes, spartenübergreifendes Schadencontrolling zeigt zudem frühzeitig negative Entwicklungen auf.

Da versicherungstechnische Risiken nur in begrenztem Umfang tragbar sind, werden sie durch bedarfsgerechte Rückversicherungsverträge abgesichert. Damit wird eine extrem negative Ergebnisauswirkung vermieden. Bei der Gestaltung der Rückversicherungspolitik beachtet der Konzern die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der ausgewählten Rückversicherer.

In der Sachversicherung decken wir beim Neu- und Ersatzgeschäft Terrorrisiken bis zu einer Jahreshöchstentschädigung von maximal 25 Mio. EUR ab. Zur Begrenzung des Risikos aus Bestandsverträgen sind wir seit dem 1. Januar 2002 Mitglied im Solidaritätspool der öffentlichen Versicherer.

Kommunalhaftpflichtrisiken, die einen besonderen Umgang bedürfen, werden durch die Zugehörigkeit des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands und der BGV-Versicherung AG zum Allgemeinen Kommunalen Haftpflichtschaden-Ausgleich begrenzt.

Im Bereich der versicherungstechnischen Risiken wird unter anderem die langfristige Entwicklung der Nettoschaden- und Nettoabwicklungsquoten beobachtet. Die Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse, die sowohl Naturkatastrophen als auch Kumulrisiken enthalten, entwickelten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	<i>Netto-Gesamt- schadenquoten in %</i>	<i>Netto-Abwicklungs- ergebnis in % der Eingangsschaden- rückstellung</i>
<i>2017</i>	<i>77,2</i>	<i>4,0</i>
<i>2016</i>	<i>83,8</i>	<i>0,8</i>
<i>2015</i>	<i>79,2</i>	<i>3,6</i>
<i>2014</i>	<i>81,4</i>	<i>3,6</i>
<i>2013</i>	<i>84,3</i>	<i>4,2</i>
<i>2012</i>	<i>81,2</i>	<i>6,2</i>
<i>2011</i>	<i>82,4</i>	<i>3,9</i>
<i>2010</i>	<i>85,6</i>	<i>6,8</i>
<i>2009</i>	<i>88,6</i>	<i>6,3</i>
<i>2008</i>	<i>87,9</i>	<i>4,2</i>

RISIKEN AUS DEM AUSFALL VON FORDERUNGEN AUS DEM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 bestanden Forderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 1,6 Mio. EUR. Im Verhältnis zu den gebuchten Beiträgen beträgt die Außenstandsquote 0,5 %. Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern lag im Zeitraum von 2015 - 2017 bei 0,0 %.

Die ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeit am Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 mehr als 90 Tage zurückliegt, betragen 586 Tsd. EUR.

Begrenzt wird das Risiko durch eine regelmäßige Überwachung der Außenstände und ein systematisches Mahnverfahren.

Gegenüber den Rückversicherern bestanden zum Bilanzstichtag Forderungen in Höhe von 3.247 Tsd. EUR, die sich wie folgt auf die einzelnen Ratingklassen verteilen:

<i>Rating- klasse</i>	<i>Forderungs- betrag in Tsd. EUR</i>
<i>A+</i>	<i>2.960</i>
<i>keine</i>	<i>287</i>

Im Bereich Rückversicherung wird auf eine angemessene Streuung der Abgaben und auf die Solidität der Rückversicherer geachtet, um das Ausfallrisiko gering zu halten. Begrenzt wird das Ausfallrisiko im Bereich Rückversicherung dadurch, dass wir nur mit namhaften Partnern guter Bonität zusammenarbeiten und diese Unternehmen aufgrund langjähriger Geschäftsbeziehungen oder Beobachtung gut kennen. Bei dem Rückversicherer ohne Rating handelt es sich um einen langjährigen deutschen Vertragspartner, dessen Bonität wir als „gut“ einstufen.

RISIKEN AUS KAPITALANLAGEN

Die Kapitalanlagen sind mehreren Risiken ausgesetzt, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die entsprechenden Maßnahmen zur Risikoreduktion bestehen in der Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik, der Konzentration auf bonitätsstarke Emittenten sowie einer angemessenen Mischung und Streuung der Assets.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiko wird das Risiko einer negativen Wertveränderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren wie beispielsweise Zinsen, Immobilienpreise, Aktien- und Währungskurse verstanden.

Das Marktpreisrisiko setzt sich daher aus den Risikoarten Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Fremdwährungs-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko zusammen.

Währungsrisiken haben beim BGV Konzern aufgrund einer Investitionsausweitung in Fremdwährungsanlagen in Fonds an Bedeutung gewonnen. Sie werden mit Hilfe einer breiten Streuung des Anlagebestands und derivativen Absicherungsinstrumenten wirksam kontrolliert und gesteuert sowie im Rahmen des Risikomanagementprozesses laufend beobachtet und quantifiziert.

Bei den Immobilien handelt es sich größtenteils um eigengenutzte Immobilien, wodurch die daraus potenziell erwachsenden Risiken abgemildert werden.

Wegen der einfachen Struktur existieren im Bereich des Beteiligungscontrollings keine besonderen Risiken. Die Steuerung und Überwachung der Beteiligungen erfolgen im Rahmen des konzern-einheitlichen Strategie- und Planungsprozesses.

Auswirkungen auf den Marktwert unserer Kapitalanlagen werden mit Hilfe regelmäßiger Szenario- und Stresstestanalysen und anhand unseres Limitsystems überprüft. Ein Zinsanstieg kann neben Kursverlusten auch zu Abschreibungen auf den Wertpapierbestand führen. Dieses Risiko ist bei uns begrenzt, da der größte Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen besteht und die Bilanzierung demzufolge zum Nennwert beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Ferner wird durch die generelle Buy-and-hold-Strategie des BGV Konzerns eine Realisierung von Kursverlusten vermieden.

Strukturierte Zinsprodukte, Asset Backed Securities und Credit Linked Notes haben wir unserem Portfolio nicht beigemischt. Derivative Finanzinstrumente setzen wir ausschließlich zu Absicherungszwecken in Fonds ein.

Zur Beurteilung und Überwachung der Marktrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderung unseres Portefeuilles in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Der Marktwert unserer Kapitalanlagen würde sich gegenüber dem Jahresende 2017 um die nachstehend angegebenen Werte verändern, wenn sich die Preise für Aktien und die Zinsen für Rentenpapiere im angeführten Maß nach oben oder unten bewegten.

Aktienmarktveränderung Rückgang um 10 %:		Renditeveränderung des Rentenmarktes Anstieg um 100 Basispunkte:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-15.066.197	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-20.552.416
Aktienmarktveränderung Rückgang um 35 %:		Renditeveränderung des Rentenmarktes Rückgang um 100 Basispunkte:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-52.731.691	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	+22.466.781

AUSFALLRISIKO AUS KAPITALANLAGEN

Dieses Risiko, das auch als Kreditrisiko bezeichnet wird, bedeutet bei schlechter Bonität eines Engagements oder Schuldners (Emittenten) die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls von Zins und Tilgung. Die anhaltende europäische Staatsschuldenkrise, deren mögliche Konsequenzen für das Finanzsystem und die aktuellen politischen Entwicklungen bestimmen die öffentliche Diskussion in der Versicherungsbranche. Aufgrund unserer konservativen Kapitalanlagepolitik sind keine wesentlichen unmittelbaren Folgen für den BGV Konzern zu erwarten. Dennoch birgt die Staatsschulden- bzw. Eurokrise schwer abschätzbare mittelbare Risiken für den Euro-Raum, sowohl bezüglich des Euros als auch bezüglich der Bonität der Schuldner und wird deshalb im Rahmen des Risikomanagementprozesses aufmerksam beobachtet. Eine indirekte Folge der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise stellt das niedrige Zinsniveau dar, das zu niedrigeren Wiederanlagezinssätzen beim BGV Konzern führt. Durch dieses künstlich niedrige Zinsniveau erwarten wir, dass das Kapitalanlageergebnis im Vergleich zu früheren Jahren weiterhin gering ausfallen wird.

Ein Teil der festverzinslichen Wertpapiere in unserem Bestand sind Emissionen, die von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland oder von europäischen Ländern, Banken sowie Unternehmen mit gutem Rating ausgegeben wurden. Diese Emissionen lauten ausschließlich auf Euro.

Anlagen bei Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen sowie Tages- und Festgeldanlagen werden nur bei geeigneten Kreditinstituten im Rahmen der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vorgenommen. Zusätzlich muss

das Kreditinstitut an einem Einlagensicherungssystem mitwirken. Die Rentenengagements werden grundsätzlich im Investment Grade-Bereich investiert und weisen daher eine gute Bonität auf. Der Anlageausschuss kann in Form von Ausnahmen und unter Einbindung des Risikomanagements auch Rentenengagements in der Ratingkategorie Non-Investment Grade beschließen. Bei den Renten-Investitionen ohne Rating handelt es sich hauptsächlich um Mitarbeiterdarlehen, die somit ein stark begrenztes Ausfallrisiko aufweisen.

Es ergibt sich folgende prozentuale Aufteilung der Anlagen auf Marktwertbasis:

Investment Grade (Ratingkategorien AAA – BBB-)	98,0 %
Non-Investment Grade (Ratingkategorien BB – B)	1,8 %
ohne Rating (non rated)	0,2 %

LIQUIDITÄTSRISIKO

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht erfüllen zu können.

Diesem Risiko begegnen wir mittels einer Liquiditätsplanung. Für das jeweilige Geschäftsjahr wird dabei eine Prognose der Zahlungsströme erstellt, die regelmäßig an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst wird.

Darüber hinaus berücksichtigt die Vermögensverwaltung generell die Marktgängigkeit einzelner Anlagen.

Der BGV Konzern kann auf die ungeplante Veräußerung von Renten vor ihrer Endfälligkeit zum Zweck der Liquiditätsbeschaffung verzichten. Durch unsere Liquiditätsplanung und -steuerung wird die notwendige Liquidität zur Bedienung aller Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft und sonstigen Verpflichtungen sichergestellt.

OPERATIONELLE RISIKEN UND SONSTIGE RISIKEN

Die operationellen Risiken bestehen aus

- den betrieblichen Risiken, d. h. Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen können und
- rechtlichen Risiken, d. h. Risiken, die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Durch ein ausgeprägtes internes Kontrollsystem, das Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen, die organisatorische Trennung von Funktionen sowie umfangreiche Kontrollen enthält, wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operationellen Tätigkeiten der Funktionseinheiten des Konzerns vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden.

Insbesondere wird durch regelmäßige und effektive Kontrollen die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems überprüft und dokumentiert. Die ständige Verbesserung dieser Sicherheitsmaßnahmen ist unser Ziel. Die Funktionen des IT-Sicherheitsbeauftragten, Compliancebeauftragten, Datenschutzbeauftragten und Notfallbeauftragten stellen durch die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ein wirksames Internes Kontrollsystem in diesen Bereichen sicher.

Neben der Verfeinerung der technischen Kontrollen im Schadenzahlungsbereich werden vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Versicherungsunternehmen kontinuierlich Anstrengungen unternommen, die Datensicherheit und Vertraulichkeit elektronisch gespeicherter und übertragener Informationen über deren gesamten Lebenszyklus weiter zu verbessern. Der Informationssicherheit wird große Bedeutung beigegeben. Daher existieren im Bereich der Datenverarbeitung umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Sicherheit der Programme und Daten gewährleisten. Für den Schutz des internen Netzwerks werden ständig angepasste Firewalls und Antivirenprogramme eingesetzt. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Datensicherungen, die im Bedarfsfall eine rasche Wiederherstellung von Daten ermöglichen. Mit Hilfe der implementierten IT-Notfallplanung und der laufenden Weiterentwicklung der IT-Prozesse wird das IT-Sicherheitsmanagement weiter ausgebaut und den Entwicklungen angepasst.

Rechtliche Risiken und Risiken aus Geschäftsprozessen existieren prinzipiell auch beim BGV Konzern, besondere existenzgefährdende Sachverhalte haben sich bislang allerdings nicht konkretisiert.

Von der Internen Revision werden alle Unternehmensbereiche regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten die dafür gültigen gesetzlichen Regelungen und bestehende unternehmensinterne Anweisungen einhalten. Neben der laufenden Prüfung der Betriebs- und Schadenbereiche werden die Effektivität und Effizienz des Risikomanagementsystems regelmäßig überprüft. Ferner wird der Kapitalanlagebereich einer umfassenden Prüfung entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterzogen.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Geschäftsjahr 2017 keine Entwicklungen erkennbar waren, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns BGV / Badische Versicherungen nachhaltig negativ beeinflussen könnten.

Der BGV Konzern erfüllt die neuen Solvabilitätsanforderungen nach Solvency II. Dabei übersteigt voraussichtlich die aufsichtsrechtliche Solvabilitätsquote des BGV Konzerns die strategisch festgelegte Mindestbedeckung von 150 % und entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen. Bei der Berechnung der Eigenmittelausstattung werden sowohl die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen als auch die vorhandenen Reserven der Passiva berücksichtigt. Dies ergibt eine insgesamt gute Risikosituation des Konzerns.

AUSBLICK UND CHANCEN

Die Auswirkungen bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes auf den BGV Konzern sind derzeit nur schwer abzusehen. Die Prognosen für einen vorsichtigen Zinsanstieg bei gleichwohl anhaltender Niedrigzinsphase und die gesamtpolitische Lage (Brexit, Abschottungstendenzen in USA) lassen ihren Einfluss auf den Binnenmarkt nicht sicher vorhersagen. Die derzeitigen Prognosen für das deutsche Wirtschaftswachstum in 2018 gehen von einem Wachstum von gut 2,4 % aus. Der private Konsum soll zentrale Stütze des Wirtschaftswachstums 2018 bleiben. Die für die Versicherungsnachfrage wichtige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte ist weiterhin positiv. Da die Sparneigung der privaten Haushalte im Niedrigzinsumfeld geringer ausgeprägt ist, sind die Vorzeichen für das Konsumklima in 2018 positiv. Angesichts der anziehenden Inflationsraten dürfte das reale verfügbare Einkommen im kommenden Jahr aber etwas verhaltener expandieren als in 2017. Eine Normalisierung des Zinsniveaus ist nicht abzusehen und das Niedrigzinsumfeld bleibt eine zentrale Herausforderung für die Versicherungswirtschaft.

Die Konjunkturindizes von ifo für die Schaden- und Unfallversicherung lassen ebenfalls eine optimistische Stimmung der Unternehmen erkennen. Die Geschäftserwartungen werden weiterhin gut eingestuft. Es bestehen jedoch mit der anhaltenden Staatsschulden- bzw. Eurokrise und der Gefahr der Ausweitung auf die Bankenbranche weiterhin große Unsicherheiten.

Auf dem Versicherungsmarkt der Schaden-/Unfallversicherer geht man für das Geschäftsjahr 2018 im Schadenverlauf insgesamt von einer ähnlichen Entwicklung wie in 2017 aus. In der Rechtsschutzversicherung wird sich zeigen, ob das Phänomen Masseschaden auch im Jahr 2018 den Schadenaufwand auf dem derzeitigen Niveau halten oder sogar steigern wird.

Die Beitragserwartungen für 2018 deuten insgesamt auf ein leichtes Wachstum hin. Der Preiserhöhungszyklus in der Kraftfahrtversicherung hat sich 2017 abgeflacht. Im Markt verbesserte sich die Brutto-Combined Ratio 2017 leicht auf 95 %, bei den BGV-Gesellschaften verbesserte sich die Brutto-Combined Ratio von 92 % auf 91 % im Konzern. Ursächlich hierfür war insbesondere das gute Beitragswachstum sowie gestiegene Brutto-Schadenaufwendungen, die durch aufgetretene Großschäden bei der BGV-Versicherung AG beeinflusst wurden.

Die Unternehmen gehen konzentriert auf die Bedürfnisse ihrer Kundengruppen, insbesondere der Kommunalkunden, ein, was sich auf die Entwicklung der Unternehmen positiv auswirken und in den folgenden Geschäftsjahren zu einer Stärkung der Wettbewerbssituation führen sollte.

Der BGV Konzern strebt eine effizientere Unternehmenssteuerung an und versucht in seinem Kernmarkt Baden, aber auch durch Kooperationen und über den Direktkanal in anderen Geschäftsgebieten, Chancen zu nutzen. Produkt- und Serviceinnovationen sowie ein umfassender Vertriebswege-Mix sollen beim Erreichen der Wachstums- und Ertragsziele sowie der Erschließung neuer Kundenpotenziale helfen. Der BGV Konzern strebt ein moderat steigendes Wachstum an. Dies bedeutet für den BGV Konzern und die Einzelunternehmen eine hohe Veränderungs- und Investitionsbereitschaft, die Entwicklung neuer Produkte, die Bearbeitung neuer Markt- und Kundensegmente sowie die Betreuung und Pflege neuer Partnerschaften. Neben Chancen können

solche Innovationen auch Risiken bergen, die es frühzeitig zu identifizieren, zu messen und zu steuern gilt.

Der BGV Konzern hat hierfür einen unternehmensübergreifenden Neue-Produkte-Prozess installiert, der die notwendige Transparenz und systematische Vorgehensweise bei derartigen Veränderungsprozessen sicherstellt. Aus Sicht des Risikomanagements wird dabei ein besonderer Fokus auf die Identifikation von Chancen und Risiken gelegt, das heißt auf die Bestimmung des möglichen Ertrags- und Risikogehalts aus der Neuerung. Die Auswirkungen werden mittels einer Chancen-/ Risikoanalyse vorab überprüft und bewertet. Diese umfasst die tangierten Schnittstellen und alle Bereiche im Unternehmen, auf die das neue Produkt / Geschäftsfeld potenziell Einfluss hat. Alle erkannten Risiken werden in das Risikoinventar übernommen und entsprechend den vorgesehenen Regeln beschrieben und beurteilt.

Die Staatsschulden- bzw. Eurokrise führt in der Versicherungsbranche weiterhin zu niedrigen Zinsen bei der Neu- und Wiederanlage. Dieser Umstand hat Konsequenzen für die Nettoverzinsung der Kapitalanlage im BGV Konzern. Durch das niedrige Zinsniveau wird die Erzielung einer Kapitalanlageverzinsung in Höhe der Durchschnittsverzinsung der letzten Jahre bei vertretbarem Risiko weiterhin erschwert. Die Badischen Versicherungen halten die bisherige risikoarme Kapitalanlagestrategie bei und werden dadurch im Vergleich zu den Vorjahren eine geringere Kapitalanlageverzinsung erwirtschaften.

Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir trotz der schwierigen Rahmenbedingungen moderat steigende Brutto-Beiträge, eine Combined Ratio (netto) von leicht unter 100 % und ein im Vergleich zum Vorjahr leicht geringeres Geschäftsergebnis vor Steuern.

/ Versicherungsweiggruppen, Versicherungsweige und -arten

SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Unfallversicherung

- Allgemeine Unfallversicherung
- Kraftfahrtunfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Haftpflichtversicherung
- Luftfahrt-Haftpflichtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Kraftfahrtversicherung

- Fahrzeuvollversicherung
- Fahrzeugteilversicherung

Feuer- und Sachversicherung

- Feuerversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Gebäudeversicherung
- Sonstige Sachversicherung
 - Einbruchdiebstahl und Raub(ED)-Versicherung
 - Leitungswasser(Lw)-Versicherung
 - Glasversicherung
 - Sturmversicherung
 - Technische Versicherungen
 - Versicherung zusätzlicher Gefahren
 - zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (EC)
 - Sonstige Sachschadenversicherung
 - Ausstellungsversicherung
 - Jagd- und Sportwaffenversicherung
 - Musikinstrumenteversicherung
 - Fotoapparateversicherung
 - Kühlgüterversicherung
 - Reisegepäckversicherung
 - Valorenversicherung (privat)
 - Übrige und nicht aufgegliederte Sachschadenversicherung

Sonstige Versicherungen

- Transport- und Luftfahrtversicherung
- Rechtsschutzversicherung
- Beistandsleistungsverversicherung
- Betriebsunterbrechungs-Versicherung
- Sonstige Vermögensschadenversicherung
- Sonstige gemischte Versicherung
- Vertrauensschadenversicherung

IN RÜCKDECKUNG ÜBERNOMMENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Unfallversicherung Haftpflichtversicherung Feuer- und Sachversicherung

Feuerversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Gebäudeversicherung
Sonstige Sachversicherung

Einbruchdiebstahl und Raub(ED)-Versicherung
Leitungswasser(Lw)-Versicherung
Glasversicherung
Sturmversicherung
Hagelversicherung
Technische Versicherungen
Versicherung zusätzlicher Gefahren
zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (EC)
Sonstige Sachschadenversicherung

Sonstige Versicherungen

Transport- und Luftfahrtversicherung
Betriebsunterbrechungs-Versicherung
Sonstige Schadenversicherung

/ Versicherungsvermittlung

Als Landesdirektion der
Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft (UKV), Saarbrücken,
wurden Krankenversicherungsverträge,

als Kooperationspartner der
SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Stuttgart
VOLKSWOHL BUND Lebensversicherung a.G., Dortmund
Lebensversicherung von 1871 a.G. München, München
uniVersa Lebensversicherung a.G., Nürnberg
MÜNCHENER VEREIN Lebensversicherung a.G., München
Karlsruher Lebensversicherung AG
und der
LBS Landesbausparkasse Südwest, Stuttgart,
wurden Lebensversicherungs- und Bausparverträge vermittelt.

BGV KONZERN-JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

/ Aktiva

	2017		2016
	EUR	EUR	EUR
C. FORDERUNGEN			
<i>I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</i>			
1. Versicherungsnehmer	1.595.935,19		1.582.497
2. Versicherungsvermittler	<u>860.830,15</u>		1.853.429
		2.456.765,34	3.435.926
<i>II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>		3.246.991,07	6.869.243
<i>davon:</i>			
<i>Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:</i>			
<i>2.661.665,08 EUR (i. V. 2.955.129 EUR)</i>			
<i>III. Sonstige Forderungen</i>		<u>5.090.029,39</u>	4.342.988
			14.648.157
		10.793.785,80	
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			
<i>I. Sachanlagen und Vorräte</i>		6.228.516,22	6.596.679
<i>II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</i>		13.383.579,61	23.733.061
<i>III. Andere Vermögensgegenstände</i>		<u>1.000.000,00</u>	1.000.000
			31.329.740
		20.612.095,83	
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
<i>I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten</i>		1.606.254,51	2.683.583
<i>II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</i>		<u>1.053.240,55</u>	848.888
			3.532.471
		2.659.495,06	
F. AKTIVE LATENTE STEUERN			
		<u>17.913.970,49</u>	<u>18.132.396</u>
		946.958.103,39	907.230.428
	Summe der Aktiva		

BGV KONZERN-JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

/ Passiva

	EUR	2017 EUR	EUR	2016 EUR
A. EIGENKAPITAL				
<i>I. Eingefordertes Kapital</i>				
<i>Stammkapital</i>		679.450,00		655.950
<i>II. Gewinnrücklagen</i>				
<i>Sicherheitsrücklage</i>		175.984.528,53		165.154.998
<i>III. Nicht beherrschende Anteile</i>		<u>341.810,44</u>		325.045
			177.005.788,97	166.135.993
B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN				
<i>I. Beitragsüberträge</i>				
1. <i>Bruttobetrag</i>	15.832.238,77			14.471.095
2. <i>davon ab:</i>				
<i>Anteil für das in Rückdeckung gegebene</i>				
<i>Versicherungsgeschäft</i>		<u>1.772.981,61</u>		1.552.903
		14.059.257,16		12.918.192
<i>II. Deckungsrückstellung</i>		8.480,00		8.116
<i>III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte</i>				
<i>Versicherungsfälle</i>				
1. <i>Bruttobetrag</i>	648.381.444,91			620.800.788
2. <i>davon ab:</i>				
<i>Anteil für das in Rückdeckung gegebene</i>				
<i>Versicherungsgeschäft</i>		<u>135.803.532,27</u>		124.021.575
		512.577.912,64		496.779.213
<i>IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und</i>				
<i>erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung</i>				
1. <i>Bruttobetrag</i>	20.836.089,60			16.027.336
2. <i>davon ab:</i>				
<i>Anteil für das in Rückdeckung gegebene</i>				
<i>Versicherungsgeschäft</i>		<u>200.388,00</u>		168.191
		20.635.701,60		15.859.145
<i>V. Schwankungsrückstellung und ähnliche</i>				
<i>Rückstellungen</i>		133.507.185,00		124.077.432
<i>VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen</i>		<u>3.620.471,00</u>		2.018.477
			684.409.007,40	651.660.575

BGV KONZERN-JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

/ Passiva

	2017		2016
	EUR	EUR	EUR
C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	19.885.625,00		19.082.728
II. Steuerrückstellungen	4.384.483,63		8.844.275
III. Sonstige Rückstellungen	<u>8.133.169,05</u>		7.794.383
		32.403.277,68	35.721.386
D. DEPOTVERBINDLICHKEITEN AUS DEM IN RÜCKDECKUNG GEGEBENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT		23.255.136,84	22.931.295
E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	20.165.668,93		20.586.151
2. Versicherungsvermittlern	<u>910.834,93</u>		1.362.379
	21.076.503,86		21.948.530
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	5.260.185,45		2.946.063
davon:			
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:			
657.716,55 EUR (i. V. 756.050 EUR)			
III. Sonstige Verbindlichkeiten	3.473.620,08		5.812.265
davon:			
aus Steuern:			
2.658.856,98 EUR (i. V. 3.697.412 EUR)			
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:			
0,00 EUR (i. V. 312.242 EUR)			
		29.810.309,39	30.706.858
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		74.583,11	<u>74.321</u>
	Summe der Passiva	<u>946.958.103,39</u>	<u>907.230.428</u>

BGV KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2017 BIS 31. DEZEMBER 2017

/ Posten

	2017				2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG FÜR DAS SCHADEN- UND UNFALLVERSICHERUNGSGESCHÄFT					
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung					
a) Gebuchte Bruttobeiträge		343.490.388,22			328.269.893
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		<u>61.748.416,24</u>			62.927.006
			281.741.971,98		265.342.887
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		-1.361.144,45			-1.336.028
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen		<u>220.078,91</u>			-63.581
			<u>-1.141.065,54</u>		-1.399.609
				280.600.906,44	263.943.278
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung				1.603.157,28	1.564.223
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung				326.621,17	2.035.145
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung					
a) Zahlungen für Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag		226.342.555,71			216.703.349
bb) Anteil der Rückversicherer		<u>25.511.268,19</u>			32.587.982
			200.831.287,52		184.115.367
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag		27.580.657,33			27.528.970
bb) Anteil der Rückversicherer		<u>11.781.957,29</u>			-9.396.704
			<u>15.798.700,04</u>		36.925.674
				216.629.987,56	221.041.041
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen					
a) Netto-Deckungsrückstellung			-364,00		-3.757
b) sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen			<u>-1.601.994,00</u>		-788.308
				-1.602.358,00	-792.065
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				9.977.000,00	5.140.000
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung					
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb			57.085.813,67		55.969.009
b) davon ab:					
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			<u>18.539.275,05</u>		17.800.436
				38.546.538,62	38.168.573
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				<u>2.502.788,28</u>	1.211.433
9. Zwischensumme				13.272.012,43	1.189.534
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen				<u>-9.429.753,00</u>	-204.549
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft				3.842.259,43	984.985

BGV KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2017 BIS 31. DEZEMBER 2017

/ Posten

	2017			EUR	2016
	EUR	EUR	EUR		EUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG					
1. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft				3.842.259,43	984.985
2. Erträge aus Kapitalanlagen					
a) Erträge aus Beteiligungen aus nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen		294.855,72			209.172
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen					
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.797.036,75				4.784.179
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>17.018.573,20</u>				19.501.687
		21.815.609,95			24.285.866
c) Erträge aus Zuschreibungen		275.641,60			0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>2.054.801,28</u>			0
			24.440.908,55		24.495.038
3. Aufwendungen für Kapitalanlagen					
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.393.829,16			1.343.330
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		2.560.953,50			2.741.138
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>86.670,00</u>			204.300
			4.041.452,66		4.288.768
			20.399.455,89		20.206.270
4. Der versicherungstechnischen Rechnung für das Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft zugeordneter Zins			<u>2.066.280,00</u>		2.026.328
				18.333.175,89	18.179.942
5. Sonstige Erträge			7.603.108,92		8.287.017
6. Sonstige Aufwendungen			<u>16.190.977,22</u>		13.878.472
				<u>-8.587.868,30</u>	-5.591.455
7. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis				<u>9.745.307,59</u>	12.588.487
8. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				<u>13.587.567,02</u>	13.573.472
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			3.017.356,38		3.631.286
10. Sonstige Steuern			<u>-275.635,18</u>		515.966
				2.741.721,20	4.147.252
11. Jahresüberschuss				10.845.845,82	9.426.220
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage				10.829.530,78	9.414.194
13. Nicht beherrschende Anteile				<u>16.315,04</u>	<u>12.026</u>
14. Bilanzgewinn				<u>0,00</u>	<u>0</u>

KONZERN-EIGENKAPITALSPIEGEL

	<i>Mutterunternehmen</i>			<i>Nicht beherrschende Anteile</i>	<i>Konzern-eigenkapital</i>
	<i>Stammkapital</i>	<i>Sicherheitsrücklage</i>	<i>Eigenkapital</i>		
	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>
<i>Stand 31. Dezember 2015</i>	628.900	155.740.804	156.369.704	313.469	156.683.173
<i>Kapitaleinzahlungen</i>	27.050	0	27.050	-450	26.600
<i>Konzern-Jahresüberschuss</i>	0	9.414.194	9.414.194	12.026	9.426.220
<i>Stand 31. Dezember 2016</i>	655.950	165.154.998	165.810.948	325.045	166.135.993
<i>Kapitaleinzahlungen</i>	23.500	0	23.500	450	23.950
<i>Konzern-Jahresüberschuss</i>	<u>0</u>	<u>10.829.531</u>	<u>10.829.531</u>	<u>16.315</u>	<u>10.845.846</u>
<i>Stand 31. Dezember 2017</i>	<u>679.450</u>	<u>175.984.529</u>	<u>176.663.979</u>	<u>341.810</u>	<u>177.005.789</u>

KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017

	2017 EUR
1. Jahresüberschuss	10.845.846
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	593.274
+ Abschreibungen auf Sachanlagen	1.434.049
+ Abschreibungen auf Finanzanlagevermögen	2.553.428
2. + Zunahme der versicherungstechnischen Rückstellungen (netto)	32.748.433
3. + Abnahme der Depot- und Abrechnungsforderungen	3.634.675
4. + Zunahme der Depot- und Abrechnungsverbindlichkeiten	2.637.964
5. + Abnahme der sonstigen Forderungen	1.582.762
6. - Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	-2.398.385
7. - Veränderung sonstiger Bilanzposten	1.745.539
8. + Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	-304.549
9. - Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	-1.764.433
10. + Ertragssteueraufwand	3.239.326
11. - Ertragssteuerzahlungen	-9.374.237
12. = CASHFLOW AUS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	47.173.692
13. + Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagevermögen	129.667.676
14. - Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagevermögen	-185.194.127
15. + Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	122.240
16. + Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen	51.932
17. - Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-1.190.133
18. - Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-1.004.711
19. = CASHFLOW AUS DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT	-57.547.123
20. + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	23.500
21. - Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	450
22. = CASHFLOW AUS DER FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	23.950
23. VERÄNDERUNG DES FINANZMITTELFONDS (12. + 18. + 21.)	-10.349.481
24. Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	23.733.061
25. FINANZMITTELFONDS AM ENDE DES GESCHÄFTSJAHRES	13.383.580

Der Wert des Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten "Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand".

KONZERNANHANG

ORGANE DES MUTTERUNTERNEHMENS (Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband)

/ Verwaltungsrat

VERTRETER DER STÄDTE UND GEMEINDEN

Ernst Schilling

Bürgermeister a. D. der Stadt Herbolzheim
Stellvertretender Vorsitzender
(bis 30.11.2017)

Michael Kessler

Bürgermeister der Gemeinde Heddesheim
Stellvertretender Vorsitzender
(ab 08.12.2017)

Wolfgang Dietz

Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein

Georg Eble

Bürgermeister der Gemeinde Wutöschingen

Ulrich Hintermayer

Bürgermeister der Stadt Kraichtal

Volker Kieber

Bürgermeister der Stadt Bad Krozingen
(ab 01.12.2017)

Dr. Rupert Kubon

Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen

Dr. Frank Mentrup

Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Edith Schreiner

Oberbürgermeisterin der Stadt Offenburg

Bernd Siefertmann

Bürgermeister der Stadt Renchen

Prof. Dr. Eckart Würzner

Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

VERTRETER DES SPARKASSENVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG, STUTTGART

Dr. Joachim Herrmann

Verbandsgeschäftsführer des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Stuttgart

VERTRETER DER LANDKREISE

Jürgen Bäuerle

Landrat des Landkreises Rastatt

Vorsitzender

Dorothea Störr-Ritter

Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald

VERTRETER DER ZWECKVERBÄNDE

Klaus Jehle

Bürgermeister der Gemeinde Hohberg

Vorsitzender des Zweckverbandes Gewerbepark Raum Offenburg

/ Vorstand

Heinz Ohnmacht

Vorsitzender

Prof. Edgar Bohn

Stellvertretender Vorsitzender

Raimund Herrmann

Vorstandsmitglied

/ Aufsicht

RECHTSAUFSICHT

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Michael Pope

Leitender Ministerialrat

Ständiger Beauftragter

Volker Jochimsen

Ministerialdirigent

Stellvertretender Ständiger Beauftragter

FACHAUFSICHT

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
Bereich Versicherungen, Bonn und Frankfurt am Main

KONSOLIDIERUNGS-, BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, ist Mutterunternehmen des Konzerns BGV / Badische Versicherungen und stellt den Konzernabschluss auf. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Das zuständige Registergericht für das Mutterunternehmen Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband ist das Amtsgericht Mannheim. Der Verband ist mit der Nummer HRA 104483 ins Handelsregister A des Amtsgerichts Mannheim eingetragen.

In den Konzernabschluss einbezogen wurden folgende Unternehmen:

Vollkonsolidierung gemäß § 300 ff. HGB

- Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe (Mutterunternehmen),
- Badische Rechtsschutzversicherung AG, Karlsruhe (100%iger Anteil des BGV; Tochterunternehmen),
- BGV-Versicherung AG, Karlsruhe (99,7%iger Anteil des BGV; Tochterunternehmen),
- BGV Immobilien Verwaltung GmbH, Karlsruhe (100%iger Anteil des BGV; Tochterunternehmen und persönlich haftender Gesellschafter der BGV Immobilien GmbH & Co. KG),
- BGV Immobilien GmbH & Co. KG, Karlsruhe (100%iger Anteil des BGV; Tochterunternehmen)

Die Tochterunternehmen stehen im Mehrheitsbesitz des BGV und sind gemäß § 271 Abs. 2 HGB als verbundene Unternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen. Die Kapitalkonsolidierung erfolgte in Anwendung des Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB gemäß § 301 Abs. 1 HGB nach der Buchwertmethode zum Erwerbszeitpunkt. Die Schuldenkonsolidierung erfolgt nach § 303 Abs. 1 HGB, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung nach § 305 Abs. 1 HGB.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzern einbezogenen Tochterunternehmen unterliegen einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Da die BGV Immobilien GmbH & Co. KG in den Konzernabschluss des BGV einbezogen wurde, macht sie im Rahmen der Offenlegung von der Befreiungsvorschrift gemäß § 264b HGB Gebrauch.

Der Konzernabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen und in Anwendung der DRS aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Posten werden nicht aufgeführt. Ferner wurde das Formblatt um den Posten „Nichtversicherungstechnisches Ergebnis“ erweitert.

AKTIVA

Unter den Immateriellen Vermögensgegenständen wurden EDV-Software bzw. Nutzungsrechte ausgewiesen. Diese wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, aktiviert.

Die Zeitwerte (Marktwerte) der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte wurden durch Anwendung eines Ertragswertverfahrens ermittelt.

Die Beteiligungen wurden zu Anschaffungskosten bilanziert. Die Zeitwertermittlung erfolgte anhand eines Ertragswertverfahrens bzw. es wurden aus Wirtschaftlichkeitsgründen teilweise die Anschaffungskosten als Zeitwerte angesetzt.

Der Bilanzstichtag der in den Konzernabschluss vollkonsolidiert einbezogenen Unternehmen ist der 31. Dezember 2017.

Die Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden grundsätzlich nach § 341b Abs. 2 HGB wie Umlaufvermögen bewertet; sechs Investmentfonds sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgte zu fortgeführten Anschaffungskosten, bei wie Umlaufvermögen bewerteten Wertpapieren vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 4 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip. Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentfonds erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Der Zeitwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile beträgt 330,7 Mio. EUR; bei einem Buchwert von 313,5 Mio. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 17,3 Mio. EUR sowie stille Lasten in Höhe von 0,1 Mio. EUR. Die stillen Lasten resultieren aus der Differenz der Buchwerte in Höhe von 4 Mio. EUR zu den Zeitwerten in Höhe von 3,9 Mio. EUR bei Rentenfonds. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den Anschaffungswert vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden sowohl dem Anlagevermögen als auch dem Umlaufvermögen zugeordnet. Erstgenannte wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungskosten nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Letztgenannte wurden zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB. Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den Anschaffungswert vorgenommen.

Der Zeitwert der wie Anlagevermögen bilanzierten Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beträgt 34,0 Mio. EUR; bei einem Buchwert von 33,0 Mio. EUR bestehen stille Reserven von 1,0 Mio. EUR und stille Lasten von 18 Tsd. EUR. Die stillen Lasten resultieren aus der Differenz des Buchwertes in Höhe von 7.215 Tsd. EUR zu dem Zeitwert in Höhe von 7.197 Tsd. EUR bei einer Bundesobligation. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da nicht von einer dauernden Wertminderung auszugehen ist.

Die Ermittlung der Zeitwerte der Investmentanteile sowie der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erfolgte zu Börsenkursen bzw. Rücknahmepreisen. Der Zeitwert der Aktien wurde aus Vereinfachungsgründen mit dem Buchwert angesetzt.

Namenschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, wurden mit dem Nennwert bewertet.

Schuldscheinforderungen und Darlehen, übrige Ausleihungen und Andere Kapitalanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgte je Papier bzw. Einlage unter Zugrundelegung von Zinsstrukturkurven bzw. durch Heranziehen von Referenzanleihen. Im kurzen Laufzeitbereich werden Euriborwerte und für Langläufer über 10 Jahre Midswapsätze verwendet. Das Emittentenrisiko wird durch einen Spread berücksichtigt.

Depotforderungen aus dem übernommenen Rückversicherungsgeschäft wurden entsprechend den Vorgaben der Vorversicherer aktiviert.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer beziehungsweise Versicherungsvermittler wurden zum Nennwert bilanziert; wegen des allgemeinen Ausfallrisikos wurden Wertberichtigungen in angemessener Höhe abgesetzt.

Abrechnungsforderungen, Sonstige Forderungen, laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand wurden jeweils mit dem Nennwert bzw. Barwert bilanziert bzw. geschätzt. Abrechnungsforderungen aus dem übernommenen Rückversicherungsgeschäft wurden teilweise im Schätzverfahren ermittelt. Im Geschäftsjahr wurden die Abrechnungsforderungen teilweise unter Ausübung des Wahlrechts gemäß 27 Abs. 3 RechVersV um ein Jahr zeitversetzt gebucht. Der Umfang dieser Geschäfte ist von untergeordneter Bedeutung.

Die Gegenstände der Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen erfolgten nach der betriebsbedingten Nutzungsdauer; für die geringwertigen Anlagegüter im Sinne von § 6 Abs. 2a EStG wurde bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR bis 1.000 EUR ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre linear abgeschrieben wird.

Die Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Rechnungsabgrenzungsposten wurden mit den Nominalwerten angesetzt.

Der bilanzierte Posten Aktive latente Steuer gemäß § 274 HGB resultiert aus zeitlich begrenzten Unterschiedsbeträgen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Auf die Unterschiedsbeträge wurden Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer gerechnet.

PASSIVA

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden nach der 1/12-Methode auf der Grundlage der Bestandsbeiträge ermittelt. In geringem Umfang wurden Pauschalsätze verwendet. Für die Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile wird das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde gelegt, laut dessen in der Schaden- und Unfallversicherung 85 Prozent der Provisionen und Vertreterbezüge sowie Teile der Direktionspersonalkosten nicht übertragen werden können. Die Anteile der Rückversicherer an

den Beitragsüberträgen im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Abrechnungen mit den Rückversicherern angesetzt bzw. in gleicher Weise wie brutto ermittelt.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden die Beitragsüberträge entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer angesetzt; soweit Abrechnungen zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung noch nicht vorlagen, wurden Schätzwerte passiviert.

Die Deckungsrückstellung (hier: Beitrags-Deckungsrückstellung in der Kinderunfallversicherung) wurde gemäß den versicherungsmathematischen Gutachten der Verantwortlichen Aktuarin unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurde je Einzelschaden ermittelt. Außerdem wurde für noch nicht bekannte Ereignisse nahezu in allen Versicherungszweigen und -arten eine Spätschadenrückstellung gebildet.

Die Spätschadenrückstellung wurde unter Berücksichtigung der Aufwendungen und Stückzahlen für Spätschäden auf Basis des Chain-Ladder-Verfahrens gebildet.

Die Rückstellung für Schadenregulierungskosten wurde unter Berücksichtigung des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 gebildet.

Die Renten-Deckungsrückstellung wurde unter Zugrundelegung der DAV-Sterbetafel 2006 HUR berechnet. Der Rechnungszinsfuß wurde mit 2,25 % für Schadeneintritte bis zum 31. Dezember 2011, mit 1,75 % für Schadeneintritte nach dem 31. Dezember 2011 bzw. mit 1,25 % für Schadeneintritte nach dem 31. Dezember 2014 und 0,9 % (Höchstrechnungszinsfuß) für Schadeneintritte nach dem 31.12.2016 angesetzt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Abrechnungen mit den Rückversicherern angesetzt.

Forderungen aus Regressen und Teilungsabkommen sind je Einzelfall ermittelt und von den Rückstellungen abgesetzt.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle entsprechend der Aufgaben der Vorversicherer angesetzt; soweit Abrechnungen zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung noch nicht vorlagen, wurden Schätzwerte passiviert.

Die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung wurden auf der Grundlage entsprechender mathematischer Modelle auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet. Es handelt sich hierbei um eine Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung, die entsprechend der Abrechnungen mit den Rückversicherern um deren Anteile reduziert wurde.

Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden nach § 341h HGB, § 29 bzw. § 30 RechVersV und den in der Anlage zu dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften gebildet.

Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen, die auf der Grundlage eines entsprechenden mathematischen Modells auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet wurde, eine Rückstellung gegenüber der Verkehrsofferhilfe e. V. gemäß Aufgabe des Vereins sowie eine Rückstellung für drohende Verluste. Grundlage für die Bemessung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften bildeten die nach dem Bilanzstichtag zu erwartenden Schäden und Kosten, die durch Beiträge und Zinserträge sowie durch die Schwankungsrückstellung voraussichtlich nicht gedeckt werden können.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG hat auf Basis realistischer Annahmen zu erfolgen. Künftige Gehaltserhöhungen und künftige Rentenanpassungen sowie Annahmen über Kündigungsraten sind in die Berechnungen gemäß BilMoG einzubeziehen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Abzinsung erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der für die Vergleichsrechnung herangezogene durchschnittliche Marktzins der vergangenen sieben Jahre beträgt 2,80 %. Der sich hieraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf 1.803 Tsd. EUR und unterliegt einer Ausschüttungssperre. Folgende Parameter wurden angesetzt:

Pensionsalter	63 Jahre
Gehaltsdynamik	2,20 % p.a.
Rentendynamik	1,60 % p.a.
Zinssatz¹⁾	3,68 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2017, fortgeschrieben auf den 31.12.2017

Die Zinszuführung zur Pensionsrückstellung belief sich auf 1.489 Tsd. EUR.

Die nichtversicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet.

Die unter dem Posten Sonstige Rückstellungen ausgewiesene Rückstellung für Beihilfeleistungen wurde basierend auf den biometrischen Grundwerten nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode. Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung zugrunde:

Kosten- und Preissteigerungen	2,00 % p.a.
Zinssatz¹⁾	2,80 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2017, fortgeschrieben auf den 31.12.2017

Die Zinszuführung zur Rückstellung für Beihilfeleistungen belief sich auf 123 Tsd. EUR.

Die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesene Rückstellung für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurde basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) unter Verwendung der Richttafeln RT 2005 G von Professor Dr. Klaus Heubeck berechnet. Die Bewertung erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Folgende Parameter wurden angesetzt:

Gehaltsdynamik	2,20 % p.a.
Zinssatz¹⁾	1,26 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2017, fortgeschrieben auf den 31.12.2017

Die Zinszuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit belief sich auf 12 Tsd. EUR.

Die Berechnung der Rückstellung aufgrund von Jubiläumsverpflichtungen basiert ebenfalls auf den oben genannten Bewertungsmethoden, wobei abweichend folgende Parameter angesetzt wurden:

Zinssatz¹⁾	2,80 % p.a.
Fluktuation TVV ID	1,40 % p.a.
Fluktuation TVV AD	8,10 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2017, fortgeschrieben auf den 31.12.2017

Die Zinszuführung zur Rückstellung aufgrund von Jubiläumsverpflichtungen belief sich auf 4 Tsd. EUR.

Soweit weitere sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen erforderlich waren, wurden sie in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Sämtliche Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennwert bilanziert.

Die Abrechnungen aus übernommenen Rückversicherungen wurden wie im Vorjahr periodengerecht zum 31. Dezember 2017 erfasst; soweit Abrechnungen noch nicht vorlagen, wurden vorsichtige Schätzungen vorgenommen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Bei dem Posten „Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung“ handelt es sich um Zinszuführungen zur Brutto-Renten-Deckungsrückstellung in den selbst abgeschlossenen Unfall- und Haftpflichtversicherungen, abzüglich der Rückversicherungsanteile.

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A, B I UND B II IM GESCHÄFTSJAHR 2017

	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Umbuchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Zuschreibungen Tsd. EUR	Abschreibungen Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.081	837	273	24	-	593	1.574
2. Geleistete Anzahlungen	325	168	-273	52	-	-	168
3. Summe A.	1.406	1.005	0	76	-	593	1.742
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschliesslich der Bauten auf fremden Grundstücken							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschliesslich der Bauten auf fremden	71.728	54	-	-	-	2.553	69.229
2. Anlagen im Bau	230	1.403	-	204	-	-	1.429
3. Summe B. I.	71.958	1.457	-	204	-	2.553	70.658
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Beteiligungen	4.354	5.382	-	2.627	93	-	7.202
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.500	-	-	-	-	-	1.500
3. Summe B. II.	5.854	5.382	-	2.831	93	-	8.702
Insgesamt	79.218	7.844	-	3.111	93	3.146	81.102

	Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR	Stille Reserven Geschäftsjahr Tsd. EUR	Stille Lasten Geschäftsjahr Tsd. EUR	Zeitwerte Vorjahr Tsd. EUR	Stille Reserven Vorjahr Tsd. EUR	Stille Lasten Vorjahr Tsd. EUR
B.I.3. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschliesslich der Bauten auf fremden Grundstücken						
	82.792	12.134	-	81.593	10.237	602
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Beteiligungen	11.107	3.905	-	8.088	3.734	-
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.621	121	-	1.497	-	3
3. Summe B. II.	12.728	4.026	-	9.585	3.734	3
Insgesamt	95.520	16.160	-	91.178	13.971	605

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ

/ Aktiva

KAPITALANLAGEN IN VERBUNDENE UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

	Anteil %	Geschäftsjahr ¹⁾	Eigenkapital Tsd. EUR	Jahresergebnis Tsd. EUR
1. Beteiligungen				
<i>Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf</i>	0,77	2016	184.779	13.902
<i>Consal Beteiligungsgesellschaft AG, München</i>	0,45	2016	315.800	43.500
<i>GDV-Dienstleistungs-GmbH & Co. KG, Hamburg</i>	0,33	2016	21.773	1.215
<i>PROJECT Vier Metropolen GmbH & Co. Geschlossene</i>				
<i>Investment-KG, Bamberg</i>	6,57	2016	58.102	-1.772
<i>LEA Mittelstandspartner GmbH & Co. KG, Karlsruhe</i>	6,55	2016	28.982	-1.968
<i>DRV B Wohnen 2 Beteiligungs-GmbH, Düsseldorf</i>	20,00	2016	1.147	-10
<i>LEA Venturepartner GmbH & Co. KG, Karlsruhe</i>	4,55	2016	0	0

¹⁾ Der Jahresabschluss 2017 ist noch nicht veröffentlicht

2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Es besteht ein Schuldscheindarlehen mit Nachrangabrede in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

ANGABE ZU DEN ANTEILEN AN SONDERVERMÖGEN ISD. § 285 NR. 26 HGB

<i>Art des Fonds</i>	<i>Gemischter Fonds I 2017 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds II 2017 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds III 2017 EUR</i>	<i>Renten Fonds 2017 EUR</i>
<i>Buchwert 31.12.</i>	208.357.133	127.379.375	49.820.921	118.345.731
<i>Marktwert 31.12.</i>	247.019.882	138.216.777	54.937.119	119.291.583
<i>Bewertungsreserve 31.12.</i>	38.662.749	10.837.402	5.116.198	945.852
<i>Ausschüttung GJ</i>	6.240.558	3.144.307	1.425.389	1.533.955
<i>Tägliche Rückgabe möglich</i>	Ja	Ja	Ja	Ja
<i>Unterlassene Abschreibung</i>	Nein	Nein	Nein	Nein

<i>Art des Fonds</i>	<i>Gemischter Fonds I 2016 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds II 2016 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds III 2016 EUR</i>	<i>Renten Fonds 2016 EUR</i>
<i>Buchwert 31.12.</i>	187.880.788	92.685.077	38.349.323	74.509.841
<i>Marktwert 31.12.</i>	224.002.719	102.309.435	42.964.473	77.468.676
<i>Bewertungsreserve 31.12.</i>	36.121.931	9.624.357	4.615.150	2.958.835
<i>Ausschüttung GJ</i>	7.549.644	2.713.544	957.781	1.098.282
<i>Tägliche Rückgabe möglich</i>	Ja	Ja	Ja	Ja
<i>Unterlassene Abschreibung</i>	Nein	Nein	Nein	Nein

GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN EINSCHLIESSLICH DER BAUTEN AUF FREMDEN GRUNDSTÜCKEN

Die zwei Betriebsgrundstücke mit vier Geschäftsbauten, einem Neubau in Planung und einer Tiefgarage mit einem Buchwert von 70.658.482 EUR werden teilweise eigengenutzt; zwei Gebäude sind fremdvermietet.

SONSTIGE AUSLEIHUNGEN

	<i>2017 EUR</i>	<i>2016 EUR</i>
<i>Namenschuldverschreibungen</i>	13.000.000	13.000.000
<i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	80.305.276	80.188.812
<i>übrige Ausleihungen</i>	<u>1.515.603</u>	<u>918.186</u>
<i>Gesamt</i>	<u>94.820.879</u>	<u>94.106.998</u>

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf Abweichungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz bei den Posten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Andere Rückstellungen sowie auf künftig nutzbaren steuerlichen Verlustvorträgen aus Körperschaft- und Gewerbesteuer, deren Inanspruchnahme in den nächsten Jahren realisiert werden kann.

Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von rund 30 %. Der aktivierte Betrag in Höhe von saldiert 17.913.970,49 EUR unterliegt einer Ausschüttungssperre im Rahmen einer Gewinnausschüttung an die Gesellschafter.

Der erwartete Steueraufwand bei einem Jahresergebnis vor Ertragsteuern von 13,9 Mio. EUR beträgt 4,3 Mio. EUR.

ÜBERLEITUNGSRECHNUNG

Die im Folgenden aufgeführte Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Ertragsteuerbelastung aller Konzernunternehmen und dem ausgewiesenen Steueraufwand dar. Der Steuersatz ergibt sich aus der Belastung durch Körperschaftsteuer in Höhe von 15 % zuzüglich eines hierauf erhobenen Solidaritätszuschlags von 5,5 %. Unter Berücksichtigung der für Zwecke der Gewerbesteuer geltenden Hebesätze ergibt sich ein konzern einheitlicher Steuersatz in Höhe von rund 30,8 % für das Jahr 2017.

	2017 <i>Tsd. EUR</i>	2016¹⁾ <i>Tsd. EUR</i>
<i>Ergebnis vor Ertragsteuern</i>	13.863	13.058
<i>Konzernsteuersatz in %</i>	30,8	30,8
<i>Erwarteter Ertragsteueraufwand</i>	4.270	4.022
Überleitung		
<i>Sachanlagen</i>	106	-1
<i>Anteile an verbundenen Unternehmen</i>	-4	7
<i>Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft</i>	-3	11
<i>Sonstige Forderungen</i>	9	0
<i>Thesaurierte Fondserträge / Unterschiedsbeträge Fondsauswertung</i>	-626	11
<i>Anpassung latente Steuern</i>	219	430
<i>Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle</i>	-69	-2.363
<i>Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen</i>	14	12
<i>Sonstige Versicherungstechnische Rückstellungen</i>	488	210
<i>Pensionsrückstellungen</i>	113	-41
<i>Sonstige Rückstellungen</i>	221	-135
<i>Sonstige Verbindlichkeiten</i>	-1	77
<i>Außerbilanzielle Korrekturen</i>	-2.260	18
<i>Gewerbesteuerliche Korrekturen</i>	-126	5
<i>Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben</i>	120	175
<i>Verlustvorträge</i>	-643	520
<i>Periodenfremde Ertragsteuern</i>	1.019	615
<i>Übrige</i>	-1	0
<i>Effekte aus der Konsolidierung</i>	171	58
<i>Tatsächlicher Ertragsteueraufwand</i>	3.017	3.631
<i>Effektiver Steuersatz in %</i>	21,8	27,8

¹⁾ Der Ausweis einzelner Positionen wurde an die Darstellung des Geschäftsjahres angepasst.

Aufgrund der in der vorgenannten Überleitung genannten Effekte ergibt sich ein tatsächlicher Steueraufwand von 3,0 Mio. EUR.

/ Passiva

EIGENKAPITAL

I. Stammkapital

Das Stammkapital hat sich durch den Beitritt von einem Mitglied, den Abgang von sechs Mitgliedern sowie durch Neuberechnung auf der Basis der jährlichen Beiträge je Mitglied von 655.950 EUR auf 679.450 EUR verändert.

II. Gewinnrücklagen: Sicherheitsrücklage

Die Rücklage hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>
<i>Sicherheitsrücklage Stand 1. Januar 2017</i>		165.154.998
<i>Zuführung aus dem Jahresüberschuss des Jahresabschlusses des BGV</i>	3.070.175	
<i>Zuführung des anteiligen Jahresergebnisses der BGV-Versicherung AG</i>	5.810.485	
<i>Zuführung des Jahresüberschusses der Badischen Rechtsschutzversicherung AG aus dem Geschäftsjahr</i>	830.500	
<i>Zuführung des Jahresüberschusses der BGV Immobilien Verwaltung GmbH aus dem Geschäftsjahr</i>	917	
<i>Zuführung des Jahresüberschusses der BGV Immobilien GmbH & Co. KG</i>	1.117.454	<u>10.829.531</u>
<i>Sicherheitsrücklage Stand 31. Dezember 2017</i>		<u>175.984.529</u>

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Versicherungszweiggruppen, Versicherungszweige und -arten	2017			2016		
	Versicherungs- technische Bruttorück- stellungen insgesamt EUR	davon: Bruttorück- stellung für noch nicht abgewickelte Versiche- rungsfälle EUR	davon: Schwan- kungsrück- stellung und ähnliche Rückstel- lungen EUR	Versiche- rungs- technische Bruttorück- stellungen insgesamt EUR	davon: Bruttorück- stellung für noch nicht abgewickelte Versiche- rungsfälle EUR	davon: Schwan- kungsrück- stellung und ähnliche Rückstel- lungen EUR
<i>Gesamtes selbst abgeschlossenes</i>						
Versicherungsgeschäft	804.630.461	638.356.766	126.047.790	760.734.589	611.490.409	116.784.016
<i>Gesamtes in Rückdeckung übernommenes</i>						
Versicherungsgeschäft	<u>17.975.935</u>	<u>10.024.679</u>	<u>7.459.395</u>	<u>17.055.403</u>	<u>9.310.379</u>	<u>7.293.416</u>
<i>Gesamtes</i>						
Versicherungsgeschäft	<u>822.606.396</u>	<u>648.381.445</u>	<u>133.507.185</u>	<u>777.789.992</u>	<u>620.800.788</u>	<u>124.077.432</u>

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

III. Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen wurden im Geschäftsjahr im Wesentlichen die Rückstellung für Verwaltungskosten und für Beihilfeleistungen in Höhe von 2,2 Mio. EUR, die Rückstellung für noch nicht genommenen Urlaub und Gleitzeitguthaben in Höhe von 2,0 Mio. EUR, die Rückstellung für ausstehende Schlussrechnungen im Rahmen der Baumaßnahmen in Höhe von 0,9 Mio. EUR, die Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 0,8 Mio. EUR sowie die Rückstellung für Zinsen aus Steuernachzahlung mit einem Betrag von 0,6 Mio. EUR ausgewiesen.

ANDERE VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Als Mitglied des Allgemeinen Kommunalen Haftpflichtschaden-Ausgleichs (AKHA) hat der Konzern Haftpflichtentschädigungen, die die Mitglieder des AKHA für Gebietskörperschaften und kommunale Unternehmen zu leisten haben, im Rahmen des Haftungsausgleichs der Mitglieder anteilig mitzutragen; eine Summenbegrenzung besteht nicht.

Der Konzern ist als Mitglied bei den Vereinen „Verkehrsofferhilfe e. V.“ und „Deutsches Büro Grüne Karte e. V.“ verpflichtet, den Vereinen die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und zwar entsprechend seinem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben.

Der Konzern haftet als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer, Düsseldorf, in Höhe seiner nicht eingezahlten und nicht eingeforderten Anteile von 254.280 EUR an dessen Stammkapital von nominal 13.000.000 EUR. Da sich die Verbandsmitglieder darüber einig sind, dass die Stammkapitalanteile nicht eingefordert werden sollen und sie demnach mehr den Charakter einer Haftungssumme als einer Beteiligung tragen, wurde auf die Bilanzierung verzichtet.

Als Mitglied der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft hat der Konzern für den Fall, dass andere Unternehmen ausfallen, deren Leistungsverpflichtungen im Rahmen seiner quotenmäßigen Beteiligung zu übernehmen.

Ähnliche Verpflichtungen bestehen im Rahmen der Mitgliedschaft bei der Pharma-Rückversicherungsgemeinschaft.

Der Konzern ist über die Tochtergesellschaft BGV-Versicherung AG Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg, Karlsruhe, und als solches verpflichtet, eine zusätzliche Altersversorgung für seine Mitarbeiter zu begründen. Der Umlagesatz 2017 betrug 5,55 % und ab dem 1.7.2017 5,65 % der umlagepflichtigen Gehälter von rund 38,6 Mio. EUR; zusätzlich wurde ein Sanierungsgeld in Höhe von 2,3 % und ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,4 % erhoben. Der Umlagesatz wird ab dem 1.7.2018 auf 5,75 % erhöht bei einem konstanten Zusatzbeitrag von 0,4 %. Das Sanierungsgeld beträgt voraussichtlich wieder 2,3 %.

Als Mitglied des Solidaritätspools der öffentlichen Versicherer haftet der Konzern über die Muttergesellschaft BGV und die Tochtergesellschaft BGV-Versicherung AG für Terrorismusschäden im Rahmen ihrer jeweiligen quotenmäßigen Beteiligungen. Durch stabile innenpolitische Rahmenbedingungen ist auch weiterhin nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen.

Aus Beteiligungen bestehen am Bilanzstichtag Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 9,8 Mio. EUR.

Des Weiteren bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 13,9 Mio. EUR, die überwiegend im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau „Parkgebäude“ angefallen sind. Der Baubeginn erfolgt im Frühjahr 2018.

ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

/ Versicherungstechnische Rechnung für das Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft

GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE

	2017 EUR	2016 EUR
<i>Gesamtes selbst abgeschlossenes inländisches Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft</i>	338.683.489	323.697.739
<i>Gesamtes in Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft</i>	4.806.899	4.572.154
<i>Gesamtes Versicherungsgeschäft</i>	<u>343.490.388</u>	<u>328.269.893</u>

BRUTTOAUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE UND FÜR DEN VERSICHERUNGSBETRIEB

	Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	
	2017 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2016 EUR
<i>Gesamtes selbst abgeschlossenes inländisches Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft</i>	250.529.419	241.988.144	55.464.697	53.809.717
<i>Gesamtes in Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft</i>	3.393.794	2.244.175	1.621.117	2.159.292
<i>Gesamtes Versicherungsgeschäft</i>	<u>253.923.213</u>	<u>244.232.319</u>	<u>57.085.814</u>	<u>55.969.009</u>

Brutto ergab die Abwicklung der Rückstellung für Vorjahres-Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ein positives Ergebnis von 5.406 Tsd. EUR. Im übernommenen Versicherungsgeschäft wurde ein Abwicklungsverlust von 348 Tsd. EUR registriert. Die Abwicklung der Rückversichereranteile ergab aus Rückversicherersicht einen Verlust von 14.885 Tsd. EUR. Der Nettoabwicklungsgewinn beträgt somit 19.943 Tsd. EUR.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb enthalten:

	2017 EUR	2016 EUR
a) Abschlussaufwendungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	36.905.191	35.458.781
b) Verwaltungsaufwendungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	18.559.506	18.350.936
c) Verwaltungsaufwendungen für das übernommene Versicherungsgeschäft	<u>1.621.117</u>	<u>2.159.292</u>
Gesamt	<u>57.085.814</u>	<u>55.969.009</u>

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2017 EUR	2016 EUR
a) Laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.798.931	3.200.422
b) Latente Steuern	<u>218.425</u>	<u>430.864</u>
Gesamt	<u>3.017.356</u>	<u>3.631.286</u>

PERSONAL-AUFWENDUNGEN

Im Geschäftsjahr wurden für Löhne und Gehälter 43,3 Mio. EUR (i. V. 42,3 Mio. EUR), für soziale Abgaben und für Aufwendungen für Unterstützung 7,6 Mio. EUR (i. V. 7,2 Mio. EUR) und für Altersversorgung 3,9 Mio. EUR (i. V. 4,1 Mio. EUR), insgesamt 54,8 Mio. EUR (i. V. 53,6 Mio. EUR) aufgewendet.

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

	2017 EUR	2016 EUR
Abschlussprüfungsleistungen	373.690	343.220
Steuerberatungsleistungen	89.520	97.340
Sonstige Leistungen	<u>0</u>	<u>1.580</u>
Gesamthonorar	<u>463.210</u>	<u>442.140</u>

/ Sonstige Angaben

BERICHTERSTATTUNG ÜBER BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Die folgende Berichterstattung betrifft ausschließlich offenlegungspflichtige Transaktionen mit nahe stehenden natürlichen Personen.

Kredite

Im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverlaufs können sowohl Vorstandsmitglieder der Konzernunternehmen als auch sämtliche Mitarbeiter Kredite erhalten, die jeweils den gleichen betriebsüblichen Konditionen entsprechen. Geschäfte mit nahestehenden Personen erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

SONSTIGE PFLICHTANGABEN NACH § 314 HGB

Die durchschnittliche Anzahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Mitarbeiter betrug im Konzern 773 (i. V. 760). Hiervon waren für uns 620 Mitarbeiter (i. V. 617 Mitarbeiter) im Innendienst und 153 Mitarbeiter (i. V. 143 Mitarbeiter) im Außendienst tätig.

Die Aufwendungen für den Verwaltungsrat betragen im Berichtsjahr 68.920 EUR (i. V. 63.655 EUR). Im Geschäftsjahr 2017 wurden an frühere Mitglieder des Vorstands des BGV und ihre Hinterbliebenen 439.226 EUR (i. V. 448.726 EUR) aufgewendet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen sind 5.393.455 EUR (i. V. 5.452.603 EUR) zurückgestellt. Die Bezüge der Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 1.055.182 EUR (i. V. 1.042.291 EUR). An Pensionsverpflichtungen für den Vorstand sind 6.369.210 EUR (i. V. 5.723.012 EUR) passiviert.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag des Geschäftsjahres eingetreten sind und weder in der GuV noch in der Bilanz berücksichtigt sind, sind nicht eingetreten.

Karlsruhe, den 16. April 2018

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband

Der Vorstand

Ohnmacht

Prof. Bohn

Herrmann

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

/ An den Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Konzernabschluss des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, und seiner Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzern-Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017, dem Konzern-Eigenkapitalpiegel und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

BEWERTUNG DER NICHT NOTIERTEN WERTPAPIERE UND FORDERUNGEN

Der Konzern hält zum Zweck der Kapitalanlage Anleihen in Form nicht notierter Wertpapiere und Forderungen. Diese werden im Konzernabschluss ausgewiesen in den Bilanzposten Sonstige Kapitalanlagen sowie Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Konzernanhang zu dem Punkt Konsolidierungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Aktiva. Risikoangaben finden sich im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts unter den Punkten Risiken aus Kapitalanlagen Marktpreisrisiko sowie Ausfallrisiko aus Kapitalanlagen.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Sofern keine notierten Preise für identische Wertpapiere und Forderungen auf aktiven Märkten verfügbar sind, werden zur Ermittlung des beizulegenden Werts Bewertungsverfahren herangezogen. Für diese Wertermittlung werden auf Marktdaten basierende Parameter (insbesondere Zinsstrukturkurven und bonitätsgerechte Zinsaufschläge (Spreads)) herangezogen.

Die Buchwerte der nichtnotierten Wertpapiere und Forderungen betragen EUR 96,3 Mio. Dies sind 10,2 % der Konzernbilanzsumme.

Es besteht das grundsätzliche Risiko bei Kapitalanlagen, dass der beizulegende Wert in unzutreffender Höhe ermittelt wurde. Bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Kapitalanlagen besteht das Risiko, dass ein Wertminderungsbedarf nicht in der zutreffenden Höhe ermittelt wird und eine Ab- bzw. Zuschreibung infolgedessen unterbleibt.

Ein erhöhtes Risiko liegt bei den nicht notierten Wertpapieren und Forderungen vor, bei denen keine Zeitwerte aus den aktiven Märkten am Bilanzstichtag ermittelt werden können. Bei diesen Finanzinstrumenten sind komplexe Bewertungsverfahren erforderlich. In diese Bewertungsverfahren fließen zudem Parameter ein, die ermessensbehaftet sind.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unsere Prüfung der nicht notierten Wertpapiere und Forderungen beinhaltete insbesondere folgende Tätigkeiten:

- Wir haben den Prozess der Erfassung der Bestandsdaten und der Parameter in das Bestandsführungssystem einschließlich der hierzu eingerichteten Kontrollen geprüft. Wir haben uns durch Funktionsprüfungen von der Wirksamkeit der installierten Kontrollen überzeugt.
- Wir haben die verwendeten Parameter mit den am Markt beobachtbaren Parametern abgeglichen. Soweit Parameter nicht am Markt beobachtbar waren, haben wir unter anderem die verwendeten Zinsstrukturkurven und die verwendeten Spreads für ausgewählte Wertpapiere und Forderungen nachvollzogen und beurteilt. Wir haben die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsverfahren geprüft.
- Darüber hinaus haben wir für eine Auswahl von Wertpapieren und Forderungen mit eigenen EDV-Programmen ebenfalls Berechnungen des Zeitwerts vorgenommen und mit den von dem Konzern ermittelten Werten verglichen.
- Für die wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapiere und Forderungen haben wir geprüft, ob die Zu- und Abschreibungen zutreffend vorgenommen wurden.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Bewertung der nicht notierten Wertpapiere und Forderungen steht insgesamt im Einklang mit den Rechnungslegungsnormen nach HGB. Die verwendeten Bewertungsverfahren und Parameter sind insgesamt angemessen.

BEWERTUNG DER BRUTTO-RÜCKSTELLUNG FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE IM SELBST ABGESCHLOSSENEN SCHADEN-/UNFALL-VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Konzernanhang zum Punkt Konsolidierungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Passiva. Risikoangaben finden sich im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts unter dem Punkt Versicherungstechnische Risiken.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Der Verband weist in seinem Konzernabschluss eine Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von EUR 648,4 Mio. aus (rd. 68 % der Konzernbilanzsumme).

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle teilt sich in verschiedene Teilschadenrückstellungen auf. Die Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle betrifft den wesentlichen Teil der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beach-

tung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB, § 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle werden nach dem voraussichtlichen Aufwand für jeden einzelnen Schadenfall geschätzt. Für noch nicht bekannte Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die nach Erfahrungssätzen berechnet wurden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht bzw. nicht in ausreichendem Umfang berücksichtigt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuariere eingesetzt und folgende wesentliche Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen mit denen die zeitnahe Erfassung und Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, sachgerecht aufgebaut waren und wirksam durchgeführt wurden.
- Für einen Teilbestand von Versicherungsfällen haben wir die Höhe einzelner Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnungen des Konzerns zur Ermittlung der unbekanntem Spätschäden geprüft. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Versicherungszweige durchgeführt. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung sowie eine angemessene Bandbreite mithilfe von statistischen Wahrscheinlichkeiten bestimmt und diese mit den Berechnungen des Verbands verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten, durchschnittlichen Schadenhöhen und Abwicklungsgeschwindigkeiten sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle steht insgesamt im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS UND DEN KONZERNLAGEBERICHT

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig

erachtet hat, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden in der Verwaltungsratssitzung vom 24. Mai 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 23. Juni 2017 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2014 als Konzernabschlussprüfer des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Verwaltungsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Konzernabschluss oder im Konzernlagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Konzernunternehmen erbracht:

Neben dem Konzernabschluss und Konzernlagebericht haben wir auch den Jahresabschluss und Lagebericht des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, die Jahresabschlüsse und Lageberichte der von dem Verband beherrschten Unternehmen, den Abhängigkeitsbericht eines von dem Verband beherrschten Versicherungsunternehmens sowie die Solvabilitätsübersichten auf Einzel- und Gruppenebene des Verbands und die Solvabilitätsübersichten der von dem Verband beherrschten Versicherungsunternehmen geprüft. Zudem haben wir für den Verband Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung betrieblicher Steuererklärungen und der Erläuterung steuerlicher Einzelsachverhalte erbracht. Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung betrieblicher Steuererklärungen haben wir auch für die von dem Verband beherrschten Unternehmen erbracht.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Christof Hasenburg.

Berlin, den 20. April 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hasenburg
Wirtschaftsprüfer

Horst
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Verwaltungsrat des Konzern-Mutterunternehmens Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband hat die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und sich in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichten lassen.

Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss 2017 und der Konzernlagebericht 2017 wurden dem Abschlussprüfer vorgelegt.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat als Abschlussprüfer den Konzernabschluss 2017 und den Konzernlagebericht 2017 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Verwaltungsrats teilgenommen und über das Ergebnis seiner Prüfung berichtet.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Verwaltungsrat keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss.

Karlsruhe, den 17. Mai 2018

Der Verwaltungsrat
des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes

Jürgen Bäuerle
Vorsitzender

Michael Kessler
stellv. Vorsitzender

Wolfgang Dietz

Georg Eble

Dr. Joachim Herrmann

Ulrich Hintermayer

Klaus Jehle

Volker Kieber

Dr. Rupert Kubon

Dr. Frank Mentrup

Edith Schreiner

Bernd Siefertmann

Dorothea Störr-Ritter

Prof. Dr. Eckart Würzner